



ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Z1.269/89

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2

1010 W i e n

Zu GZ. 601.999/6-V/1/89

Betr.: Entwurf einer Änderung B-VG (Artikel 10)

e.n
Polizei GESETZENTWURF
Z: 58 GE 988
Datum: 29. SEP. 1989
Verteilt: 29. Sep. 1989 *JK*

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag dankt für die Übermittlung des gegenständlichen Entwurfes einer Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes samt Erläuterungen und nimmt dazu wie folgt

Stellung :

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag hegt gegen diese neuerliche Änderung des Bundesverfassungsgesetzes Bedenken und vermeint, daß ein bundesgesetzlicher Regelungsbedarf für die gegenständliche Materie besteht (und auch nicht mit einer völlig ungewissen EG-Zukunft begründet werden kann).

Vorauszuschicken ist, daß in das Österreichische Bundes-Verfassungsgesetz als Grundlage der österreichischen Rechtsordnung, da auf ihr die einfache Gesetzgebung und deren Vollziehung beruht, aus Gründen der Rechtssicherheit nur möglichst selten, und dann behutsam, einzugreifen ist.

Bei Änderungen der Kompetenzen des Bundes und der Länder ist außerdem auf den föderalistischen Charakter der österreichischen Verfassung Rücksicht zu nehmen. Die gesetzlichen Regelungen für die Landwirtschaft waren (mit Ausnahmen) immer wesentlicher Bestandteil der Gesetzgebung und Vollziehung der Länder, sodaß weitere Eingriffe in deren Rechte durch Schaffung neuer Bundeskompetenzen wesentliche Interessen der Bundesländer berühren. Im Sinne der einleitenden Bemerkungen hegt der Österreichische Rechtsanwaltskammertag auch gegen einen möglichen Kompetenzabtausch zwischen Bund und Ländern Bedenken, da hiedurch nur neue gesetzliche Regelungen bzw. Einrich-

- 2 -

tungen der Vollziehung für diese neuen Kompetenztatbestände geschaffen werden müßten und dadurch die bereits bestehende Unübersichtlichkeit der Österreichischen Rechtsordnung noch verstärkt würde.

Im Hinblick auf die zahlreichen Bundes- und Landesgesetze, die die vorge-sehene Materie derzeit regeln, erscheint dem Österreichischen Rechtsan-waltskammertag auch kein zusätzlicher Regelungsbedarf (durch Bundesgesetz oder durch Landesgesetze) gegeben. Wenn überhaupt ein Regelungsbedarf ge-geben ist, so im Hinblick auf Vereinfachung und Reduzierung der bestehen- den, einfachgesetzlichen Vorschriften. Verwiesen sei hier insbesondere auf die Schutznormen im Lebensmittelrecht, im Forstrecht und im Wasserrecht einerseits, sowie auf die umwelt- und die bevölkerungsschützenden Bestim-mungen des Chemikaliengesetzes, des Futtermittelgesetzes, sowie der Landes-gesetze über Pflanzenschutzmittel, wobei dem Österreichischen Rechtsan-waltskammertag nicht bekannt ist, ob bereits alle Bundesländer derartige Gesetze beschlossen haben.

Da in den verschiedenen Bundesländern schon wegen der geographischen und klimatischen Bedingungen unterschiedliche land- und forstwirtschaftliche Betriebsstrukturen bestehen (Flachland-, Mittelgebirgs-, Hochgebirgsregio-nen; Ackerbau-, Weinbau- und Viehzuchtbetriebe) kann es auch sachlich be-gründete Unterschiede in den Regelungen für landwirtschaftliche Betriebs-mittel geben, denen eine landesgesetzliche Regelung zum Teil eher Rechnung tragen kann als eine bundesgesetzliche. Darüber hinaus steht es dem Landes-gesetzgeber frei, mit anderen Ländern oder aber auch mit dem Bundesministe-rium für Gesundheit und Umweltschutz konsultativen Kontakt zu halten.

Abschließend sei angemerkt, daß nach Ansicht des Östereichischen Rechts-anwaltskammertages weit eher ein Bedarf an der Durchforstung, Vereinfachung Vereinheitlichung bestehender notwendiger Gesetze und an der Aufhebung zahlreicher nicht notwendiger gesetzlicher Regelungen, die in der Praxis auch kaum vollzogen werden oder auch nur vollziehbar sind, besteht, als an der Schaffung neuer verfassungs- oder einfachgesetzlicher Regelungen oder neuer Verordnungen.

Wien, am 20. September 1989

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Dr. SCHUPPICH,
Präsident